

Brauer-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: N. Wiehle, Linden-Panorama.

Vorstand des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christburgerstr. 43 a, 4. Etage, rechts. — Vorsitzender der Rechtsschutzkommission: Lud. Stidel, Frankfurt a. M., Große Spillingsgasse 8. Sämmtliche Briefe, sowie Geldsendungen sind zu adressiren: N. Wiehle, Linden-Panorama, Falkenstr. 29, II. — Postzeitungsliste Nr. 1187.

Nr. 15.

Hannover, den 9. April 1898.

8. Jahrgang.

An die Herren Delegirten des Verbandstages.

Nachdem es uns nicht gelungen ist, für Sonntag, den 24. April, ein geeignetes Lokal zur Abhaltung einer Festlichkeit zu erhalten, so geben wir hiermit bekannt, daß das

Fest-Banket

zu Ehren der Herren Delegirten schon am **Sonnabend, den 23. April, Abends 8 Uhr, in „Dinkelackers Saalbau“** stattfindet.

Wir ersuchen die Herren Delegirten, ihre Reise so einrichten zu wollen, daß sie am Sonnabend schon in Stuttgart eintreffen.

Vom Empfangs-Komitee werden bei allen ankommenden Zügen von Mittags 1 Uhr an verschiedene Kollegen anwesend sein und die Herren Delegirten ins Empfangslokal zu dem Kollegen Faus begleiten.

Das Festkomitee des Stuttgarter Brauervereins.

J. A.: Winter.

Wahl der Delegirten zum Verbandstage.

Zusammenstellung

der in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmen.

1. Wahlkreis.

Hamburg, Sektion der Brauer, Sektion der Hilfsarbeiter, Sektion der Rutscher: Klein 255, Staake 373, Levernitz 260, Döllinger 26, Kollmann 41, Deffner 14, Ullrich 43, Wittorf 93. (Die drei Ersten sind gewählt.)

2. Wahlkreis.

Lübeck: Boysen, Lübeck 20. — Kiel: Stiehler 36. — Flensburg: Stiehler, Kiel 21. — Neumünster: Boysen 29. — Oldenburg: Boysen 21. — Bremen: Boysen 21. — Bremerhaven: Klein, Hamburg 23. (Boysen, Lübeck, gewählt.)

3. Wahlkreis.

Berlin: Richter 105, Godapp 37, Krieg 12, ungültig 3, weiß 6. (Richter gewählt.)

4. Wahlkreis.

Hannover: Bauer 290, Kleinert 193, Bartels 64, Brandt 29, Pider 26. — Göttingen: Bauer 15, Brandt 15. — Peine: Süßbauer 10. — Hildesheim: Süßbauer 18, Bartels 12, Bauer 7, Kleinert 1. (Bauer und Kleinert gewählt.)

5. Wahlkreis.

Magdeburg: Peuter, Halle 14. — Braunschweig: Müller. — Halle: Peuter 86, Baier 2, Müller, Braunschweig 2, Stelzer, Dessau 1. — Dessau: Peuter 24. — Halberstadt: —. — Eilenburg: Peuter 23. (Peuter gewählt.)

6. Wahlkreis.

Dresden: Frißching 140, Wohlfarth 43. (Ersterer gewählt.)

7. Wahlkreis.

Leipzig: —. — Chemnitz: Kiefler, Zwickau 29. — Zwickau, Greiz, Reichenbach: Kiefler 58. (Kiefler gewählt.)

8. Wahlkreis.

Coburg: Qued, Erfurt 10. — Altenburg: —. — Zeitz: Qued 9. — Gera, Weiskens: —. — Erfurt: Qued 53. — Saalfeld: Qued 10. — Gotha: Qued 16. — Eisenach: Qued 28. — Meiningen: Qued 26. (Qued gewählt.)

9. Wahlkreis.

Hof: Heim, Hof 33, Ebert, Landshut 10. — Regensburg: —. — Freising: Ebert 12. — Landshut: Ebert 54. — Augsburg: Ebert 11, Peine 13. (Ebert gewählt.)

10. Wahlkreis.

München: Schmidt, Nürnberg 386, Weiderer 363, Wittmann 21, Königschmidt 3. (Schmidt und Weiderer gewählt.)

11. Wahlkreis.

Nürnberg: Joh. Schmidt 108, Jak. Schmidt 93. — Fürth: —. (Ersterer gewählt.)

12. Wahlkreis.

Bamberg: Seyffert 88, Jak. Schmidt, Nürnberg 4. — Erlangen: Leopold 86. — Kulmbach: Leopold, Erlangen 50. (Leopold gewählt.)

13. Wahlkreis.

Schweinfurt: Vogt 28. — Würzburg: Schmidt, Aschaffenburg 20. — Kitzingen: —. — Aschaffenburg: Schmidt 32. (Letzterer gewählt.)

14. Wahlkreis.

Stuttgart, Gall, Böblingen, Tübingen, Oberndorf a. N.: Winter und Müller 1 gewählt.

15. Wahlkreis.

Heidenheim, Gmünd: —. Heilbronn: Dietrich 72. — Eßlingen: Rathgeber 55. — Pforzheim: Dietrich 46. (Dietrich, Heilbronn, gewählt.)

16. Wahlkreis.

Freiburg: Schwingel, Karlsruhe 28. — Lahr: Witmesser, Heidelberg 11. — Karlsruhe: Witmesser 19, Schwingel 4. — Straßburg: Schillingheim: Schwingel 6. — Heidelberg: Witmesser 36. — Schwetzingen: Schwingel 25. (Witmesser gewählt.)

17. Wahlkreis.

Mannheim: Bösch 98, Gerberich 87, Stern 4, weiße Zettel 11. (Ersterer gewählt.)

18. Wahlkreis.

Speyer: Kottmeier 116. — Ludwigshafen: Bandle, Ludwigshafen 82, Danner, Staibing, Ganther und Kottmeier, Speyer, je 1, weiß 3. — Kaiserslautern, Metz, Pirmasens: —. (Kottmeier, Speyer, gewählt.)

19. Wahlkreis.

Frankenthal: Wolf, Mainz 47. — Darmstadt: Weigl 22. — Pfungstadt: Weigl 44. — Gr. Geran: Wolf 11. — Mainz: Wolf 21. (Wolf gewählt.)

20. Wahlkreis.

Frankfurt a. M.: Kagerl 177, Thierer 101, Wittich 59, Zoller 75. (Die beiden ersten gewählt.)

21. Wahlkreis.

Kassel: Heymann 106, St. Wähler 1. — Gießen, Hanau, Friedberg, Wiesbaden: —. (Heymann, Kassel, gewählt.)

22. Wahlkreis.

Bonn: —. — Niedermendig: Thönessen, Köln 20. — Andernach: Thönessen 12. — Köln: Thönessen 38. — Mülheim a. Rh.: Thönessen 31. — Aachen: —. — Düsseldorf: Achnik 64. — Duisburg: Achnik 22. (Thönessen gewählt.)

23. Wahlkreis.

Eberfeld: Kloeßel 50, Witz 1. — Barmen, Gagen: —. — Hamm: Müller, Barmen 33, Kloeßel 2. — Remscheid: Kloeßel, Eberfeld 18. — Mülheim a. d. Ruhr: —. — Schwelm: Kloeßel 2. (Kloeßel gewählt.)

24. Wahlkreis.

Essen: Ruf 1, Hausladen 52. — Bochum: Ruf 27, Hausladen 16. — Dortmund: Ruf 34, Hausladen 27. (Hausladen, Gelsenkirchen, gewählt.)

Von der bayerischen Gewerbeinspektion 1897.

U. Die Vorzüge der bayerischen Gewerbeaufsichtsberichte beruhen nicht allein in der Pünktlichkeit ihres Erscheinens, was bei der Zusammenstellung von 8 Einzelberichten um so beachtlicher erscheint, sondern auch in der Vorzüglichkeit ihrer Betriebs- und Arbeiterstatistik, in der wahrhaft objektiven Darlegung der Wirtschaftsverhältnisse und Organisationsbestrebungen der Arbeiter und in der einleitenden Gesamtübersicht, die der Chefinspektor Köllath-München alljährlich den Einzelberichten voranstellt. Eine solche Zusammenstellung aller Einzelheiten der Einzelberichte erleichtert nicht bloß das Studium, sondern sie bringt auch die Einheitlichkeit der Inspektion in glücklicher Weise zum Ausdruck, und es wäre lebhaft zu wünschen, daß sich auch die übrigen größeren Einzelstaaten diese Einrichtung zum Vorbild nehmen. Dazu gehört natürlich auch eine organische Einheit, hergestellt durch öftere

Konferenzen der Aufsichtsbeamten untereinander, wo sie ihre Erfahrungen und Methoden gegenseitig austauschen können, wie das in Bayern seit Jahren geschieht, in Sachsen aber garnicht und in Preußen nur sehr unvollkommen der Fall ist. Und noch einen anderen Vorzug enthält die bayerische Gewerbeaufsicht, die Anstellung von Arbeiterbeigeordneten und weiblichen Aufsichtsbeamten, die freilich erst für das folgende Jahr in Aussicht genommen ist, aber trotzdem beweist, daß es in Bayern, dank seiner hochentwickelten Arbeiterbewegung vorwärts geht. Der vorliegende Bericht giebt der Thatsache, daß diese Anstellung nur im Hinblick auf die Arbeiterbewegung geschieht, einen deutlichen Ausdruck und spricht den Wunsch aus, daß es Aufgabe der weiblichen Aufsichtsbeamten sein müsse, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerbeinspektion noch mehr zu befestigen und zu erweitern. Eine solche vorurtheilsfreie Haltung gegenüber den berechtigten Zeitforderungen wünschten wir bei allen übrigen Beamten in Deutschland, dann würden auch anderwärts bessere Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Gewerbeinspektion geschaffen.

Bekanntlich finden die gewerkschaftlichen Beschwerdekommmissionen bei der bayerischen Inspektion Anerkennung, sehr zu deren Vortheil, weil von dieser Mitwirkung der Arbeiter die Durchführung des Arbeiterschutzes in hohem Maße abhängig ist. In Folge dessen ist das Verhältnis der Inspektion zur Arbeiterschaft ein sehr befriedigendes. Weniger Sympathien bringen selbstverständlich die Unternehmer einer solchen Inspektion entgegen und gewissermaßen typisch ist ein Ausspruch des Beamten vom 8. Bezirk Schwaben: „Das Ergebnis der Inspektionen bedingt das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitgebern; je mehr Ausfahrungen gemacht und je mehr Unordnungen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden müssen, desto unangenehmer wird die Aufsicht empfunden und desto größer ist die Geneigtheit, dem Aufsichtsbeamten zu opponiren.“ Ein Brauereibesitzer im gleichen Bezirk, der die Sonntagsruhe verletzt hatte, weigerte sich, das vorgeschriebene Plakat, betreffend die Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe, auszuhängen, weil, wie er sich ausdrückte, die Brauburschen durch solche Ausnahmebestimmungen nur „aufgehört“ würden. Darnach läßt sich ermessen, was die Unternehmer Alles unter Aufhebung verstehen! Mancherorts mußten die Beamten, um Auseinandersetzungen zu vermeiden, den Verkehr mit den Arbeitern in den Betrieben auf das Möglichsche beschränken. In welcher rigorosen Weise manche Arbeitgeber sich für die Revisionen an ihren Arbeitern rächen, möge folgender Fall aus dem Bezirk Unterfranken erhellend zeigen: Dort wurden unerwartet mehrere Aschaffenburg-Schreinereien beichtigt, weil die Regierung eine besondere Erhebung über das bayerische Schreinerhandwerk angeordnet hatte. Nach diesen Revisionen traten verschiedene Meister zusammen, um in gemeinsamer Berathung zu erforschen, aus welchen Gründen wohl ihre Betriebe besucht worden seien. Ob nun das Gewissen dieser Herren hinsichtlich der Behringungsbehandlung nicht ganz frei war, — denn, zuverlässigen Mittheilungen zufolge soll einigen unschuldigen Lehrlingen die Resolution dieser Berathung in fühlbarer Weise mitgetheilt worden sein!

Die statistischen Ergebnisse seien in folgendem dargestellt: Der Gewerbeaufsicht unterstanden 8080 Fabriken mit 217 478 männlichen und 68 580 weiblichen Arbeitern, zusammen 286 058. Mehr als 5 Gehilfen zählten 5752 Fabriken. Weiterhin 93 912 Handwerksbetriebe (5359 mit über 5 Gehilfen) mit 191 476 männlichen und 17 705 weiblichen, zusammen 209 451 Arbeitern. Die Gesamtzahl der Betriebe betrug darnach 101 992, die der Arbeiter 495 509. Während die Zahl der Fabriken nur um 585 = 7,8 Prozent stieg, vermehrten sich die beschäftigten Handwerksbetriebe um 63 953 = 213,2 Prozent, eine Folge der Konfektionsverordnung mit ihrer Ausdehnung der Aufsicht auf kleine Werkstätten. Revidirt wurden von den Fabriken 45,8 Prozent, von den Handwerksbetrieben 5 Proz., von den gesammten Betrieben 8 Proz. Daraus ist zu ersehen, wie der wachsende Arbeitskreis der Gewerbeaufsicht nach einer Neuorganisation drängt.

die in der systematischen Angliederung von Arbeiterinspektoren und Spezialinspektoren für gewisse Berufe zu suchen ist. In den revidierten Betrieben waren 30 Prozent der Gesamtarbeiterziffer beschäftigt. Jugendliche Arbeiter fanden sich in 2928 Betrieben vor; ihre Zahl betrug 22 056, davon 2111 Kinder unter 14 Jahren. Die hohe Kinderziffer rührt daher, daß in Bayern nur eine 7jährige Schulpflicht besteht, deren Ausdehnung sich das Zentrum widersetzt. Versuche, das 8. Schuljahr freiwillig durchzuführen, sind wegen zu geringer Beteiligung erfolglos geblieben. Diese Verhältnisse werden sich erst bessern, wenn das Kinderarbeitsverbot von Reichs wegen bis zum vollendeten 15. Jahre ausgebeht wird. Erwachsene Arbeiterinnen wurden in 2455 Anlagen beschäftigt, ihre Zahl betrug 61 574. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie unterstanden 2447 Fabriken und 23 333 Handwerksbetriebe, zusammen 25 780 Betriebe der Aufsicht. In den Fabriken waren 23 697 männliche und 5937 weibliche, insgesamt 29 634 Arbeiter, in den Handwerksbetrieben 35 843 männliche und 1054 weibliche, zusammen 36 897 Arbeiter beschäftigt; ihre Gesamtzahl betrug 66 531. Die Zahl der Jugendlichen betrug in 245 Fabriken 1580, davon 176 Kinder, die der erwachsenen Arbeiterinnen in 250 Fabriken 5156. Die Statistik scheidet jedoch auch gewisse Untergruppen der Industriegruppen aus, wovon die Brauerei und Mälzerei in der engeren Gruppe: Getränke zu suchen ist. In dieser Untergruppe, die außer den Brauereien und Mälzereien auch die Wasserwerke, Mineralwasserfabriken, Essigfabriken, Spiritfabriken und Brennerien umfaßt, wurden gezählt: Fabriken 1423 (davon 798 mit über 5 Gehilfen) mit 15 775 männlichen und 229 weiblichen, zusammen 16 002 Arbeitern; Handwerksbetriebe: 3092 (davon 94 mit über 5 Gehilfen) mit 5869 männlichen und 123 weiblichen, zusammen 5992 Arbeitern, insgesamt 4515 Betriebe mit 21 642 männlichen und 352 weiblichen, zusammen 21 994 Arbeitern. In Betreff der jugendlichen Arbeiter wurde häufig über Mißstände im Lehrlingswesen geklagt, namentlich auch über übermäßige Arbeitszeit und Ausnutzung der Lehrlinge in Brauereien. Die Zahl der ermittelten jugendlichen Mißvergehen betrug 3093 in 1381 Fabriken (1896: 2315 in 1266 Fabr.); bestraft wurden 32 Personen. Trotz der enormen Zunahme der Vergehen um 33 Prozent ist die Strafziffer auf der Höhe des Vorjahres geblieben. In der Nahrungsmittelindustrie kamen 252 Vergehen aus 190 Anlagen zur Anzeige; bestraft wurden nur 2 Personen. Solche völlig unangebrachte Milde wird den Unternehmern keinen Respekt vor dem Arbeiterschutz einflößen.

Der Arbeiterinnenbeschuh wurde in 256 Fabriken in 596 Fällen übertreten (1896: 423 Fälle in 197 Fabriken); bestraft wurden nur 13 Personen, 2 weniger als im Vorjahre, trotz Zunahme der Vergehen. Die Nahrungsmittelindustrie war mit 31 Vergehen in 26 Anlagen beteiligt, wofür nur 2 Personen bestraft wurden. Auch hier kommen Unsitlichkeiten gegen Arbeiterinnen vor, wie der Pfälzer Bericht von einem Aufseher meldet, welcher entlassen wurde, dabei aber noch die Frechheit besaß, wegen Nichtinhaltung der Kündigungsfrist beim Gewerbegericht zu klagen, das ihm die Hälfte der Forderung zuerkannte. Auf Verurteilung der Firma ging die Sache ans Landgericht, wo sie der Entscheidung harzt.

Die Bewilligungen von Ueberarbeit für Arbeiterinnen an Wochentagen sind zwar nach der Betriebs- und Arbeiterinnenanzahl gegen das Vorjahr gestiegen, aber die Ueberstundenziffer ist von 349 586 auf 324 159 Stunden zurückgegangen. Beteiligt waren 212 Betriebe mit 15 701 Arbeiterinnen (1896: 185 Betriebe mit 14 638 Arbeiterinnen), sodas durchschnitlich auf jeden Betrieb 1528, auf jede Arbeiterin 20,7 Ueberstunden entfielen. Von der Nahrungsmittelindustrie erhielten 14 Betriebe für 515 Arbeiterinnen 20 298 Ueberstunden. Sonnabendliche Ueberzeit erhielten 26 Betriebe für 1038 Arbeiterinnen bewilligt. Ueber die wirtschaftliche Lage der Industrie berichtet die Einleitung, dieselbe sei sehr günstig gewesen. Die Zahl der Betriebe habe sich um 7,8 Prozent, die der Betriebe mit über 5 Arbeitern um 14,8 Prozent gehoben, dagegen ist seit der 1882er Berufszählung die Zahl der Allembetriebe ohne Motoren um 16 Prozent zurückgegangen. Wie aber stand es mit der Lage der Arbeiter? Der Bericht schreibt: „Die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes und theilweise auch der Lohnverhältnisse hat leider keine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung für die Arbeiterklasse zur Folge gehabt. Die Ursache hierfür ist hauptsächlich in den Lebensmittelpreisen zu suchen, welche, an sich schon hoch, im Berichtsjahre an vielen Orten eine Steigerung erfahren haben. So weisen die Haushaltsbudgets, wie sie aus einigen Aufschlagsbezirken (Oberbayern, Pfalz) vorliegen, selbst bei sparsamster Bemessung der Auslagen Defizits auf, deren Ausgleich großen Theils nur dadurch bewirkt werden kann, daß auch die Arbeiterfrau zum Mitverdienen herangezogen wird. Auch bleibt die Ernährungsweise in vielen Arbeiterfamilien eine ungenügende.“ An anderer Stelle (S. 28) heißt es: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung hat keine Besserung erfahren können, da sich einerseits die Arbeitslöhne ziemlich unverändert hielten, andererseits die Preise der Lebensmittel

theilweise in die Höhe gingen. Der anhaltende geschäftliche Aufschwung ist daher der Arbeiterschaft meistens nur insofern zu gute gekommen, als durch die lebhafteste Nachfrage nach Arbeitskräften die Zahl der Arbeitslosen vermindert und das der Arbeiterbevölkerung insgesamt zuziehende Lohneinkommen vermehrt worden ist.“ Auch der unterfränkische Bericht schreibt: „Gleichwohl hat die Nachfrage nach Arbeitskräften eine wesentliche Besserung der Lage der Arbeiter nicht bewirkt, denn es fand sich einerseits noch eine ziemliche Zahl von Arbeitsuchenden und andererseits wurde die Lohnhöhung durch Mieth- und Lebensmittelpreiserhöhungen zum Theil wieder ausgeglichen.“ Daraus ist ersichtlich, daß fast lediglich den Unternehmern, Agrariern und Hausbesitzern und Krämeren der Aufschwung der letzten Jahre zugute gekommen ist. Das Wischen durch Ueberarbeit erzielte Mehr an Verdiensten ist für die bürgerlichen Ausbeuter daraufgegangen und die Arbeiter haben nichts dafür.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1848.

Ein Beitrag zur Geschichte des „tolten Jahres“. Von Brutus.

(Fortsetzung.)

Der Verein trat am 1. Mai 1849 mit 327 Mitgliedern in's Leben und setzte sich aus den fünf Genossenschaften der Maler, Instrumentenmacher, Vergolder, Goldarbeiter und Uhrmacher zusammen; im Juni schlossen sich die Stundendrucker, Dachdecker, Posamentiere usw. an, sodas er am 1. Juli bereits 3440 Mitglieder zählte. Die Zahl der Mitglieder wuchs bald auf über 10 000, worunter sich auch einige Arbeiterinnen befanden; kein Wunder, da die Vorteile, die der Verein seinen Mitgliedern bot, für damalige Verhältnisse ganz bedeutende waren. Trotz mannigfacher Anfeindungen nahm der Gesundheitspflegeverein an Ausbreitung zu, bis im März 1853 die blindwüthende Reaktion auch diesem wohlthätigen Unternehmen das Lebenslicht ausblies; der Berliner Polizeipräsident v. Gindelsbey löste den Verein „wegen seiner verbrecherischen Tendenzen“ auf, wobei der berühmte Polizeipolizei Stieber die Rolle des Denunzianten und Kronzeugen gespielt hatte.

Der Arbeiterverband war schon längst den Regierungen ein Dorn im Auge gewesen; die Arbeiter hatten thatkräftigen Antheil an der Revolution von 1848 genommen und ihre Errungenschaften, Schulter an Schulter mit der radikalen Demokratie gegen die Sturmfluth der Reaktion vertheidigt, es war also kein Wunder, daß die reaktionslüsternen Nachköpfe, denen die Krallen allgemach wieder wuchsen, ihren Verrger an den Arbeitervereinen ausließen. Es begann jetzt ein rücksichtsloser und unerbittlicher Feldzug gegen jedes Lebenszeichen der Arbeitervereine. Bayern und Sachsen eröffneten den Feldzug, indem sie anfangs des Jahres 1850 den Arbeiterbund für ihr Gebiet verboten und die einzelnen Vereine auflösten. Preußen schritt zwar langsam, aber sicher ein; zunächst wurde am 11. März 1850 eine Verfügung zur „Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts“ erlassen, wodurch die Verbindung politischer Vereine untereinander verboten wurde. Darauf erklärte man die bestehenden fachgewerblichen Arbeitervereine für politische und löste sie einen nach dem andern auf.

Vergeblich hatte das „Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung“ in Leipzig vor dem heranahenden Sturm die Segel eingezogen und sich in eine harmlose „Geschäftsstelle“ verwandelt. Zunächst wurde es gezwungen, das publizistische Organ des Verbandes, die „Verbrüderung“, am 1. Juli 1850 eingehen zu lassen. Als Ersatz dafür gaben einige Mitglieder des Komitees, Gangloff, Schwenniger u. A., eine neue Zeitung „Prometheus“ heraus, um die Verbindung unter den deutschen Arbeitern rege zu erhalten. Schon vier Wochen später wurde Schwenniger wegen Verdachts der Theilnahme an revolutionären Umtrieben verhaftet, ein halbes Jahr gefangen gehalten und darauf, als man ihm nichts Strafbares nachweisen konnte, aus Sachsen ausgewiesen; den zweiten Redakteur, Gangloff, nahm man gleichfalls in Haft und verurtheilte ihn nach mehr als einjähriger Untersuchung „wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats“ zu vier Jahren Zuchthaus. So mußte denn auch der „Prometheus“, der ohnehin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sein Erscheinen einstellen.

Da die nordwestdeutschen Regierungen einstweilen die Arbeitervereine in ihren Gebieten noch ungestört ließen, wurde anfangs 1851 die Geschäftsstelle der Arbeiterverbrüderung nach Hannover verlegt, wo der dortige Arbeiterführer, Tischlergeselle Stechan, die Leitung übernahm und ein neues Organ, die „Deutsche Arbeiterhalle“, herausgab; diese wollte, wie es in dem Einleitungsartikel heißt, „den Arbeitern und Besitzlosen, die unter dem Druck des Kapitals, der Vorrechte und Privilegien leiden, Gelegenheit geben, sie über ihre Lage auszusprechen“. Sie will für die Unabhängigkeit der Arbeiter kämpfen und Vorschläge zur Einführung der Assoziationen bringen; sie will die Mißbräuche der Kunst beleuchten und einer vernünftigen, freien Entwicklung aller Arbeitskräfte nachstreben. Die Bildung und Hebung der arbeitenden Klassen wird sie nach Kräften zu fördern suchen und Nachrichten über Arbeiterverhältnisse aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bringen. Trotz dieses sachlichen, durchaus unpolitischen Programms blieben die polizeilichen und gerichtlichen Chikanen nicht aus; am 11. Juli 1851

wurde Stechan, der in die Untersuchung gegen den Kommunistenbund verwickelt worden war, verhaftet und in's Gefängnis geworfen; es gelang ihm jedoch zu entkommen und er floh nach London, wo er sich als Tischlergeselle sein Brot erwarb. Die ihres Redakteurs beraubte „Arbeiterhalle“ ging ein; sie war das letzte Organ der „Arbeiterverbrüderung“. Gleichzeitig schritt die hannoversche Polizei auch gegen die „Norddeutsche Arbeitervereiner“, das einzige Ueberbleibsel des großen deutschen Arbeiterbundes, ein, hielt bei der Geschäftsstelle Haussuchung ab und belegte die Papiere mit Beschlagnahme; da sich aber nichts Belastendes vorfand, wurden die Vereine unbehelligt gelassen.

Doch es war nur eine Galgenfrist, lange sollte es nicht mehr währen und auch ihnen wurde ein jähes Ende bereitet. Preußen und Oesterreich, die Schutzgeister der Reaktion, begnügten sich nicht damit, in ihren eigenen Staaten die gewerkschaftlichen Arbeitervereine zu unterdrücken, sondern dehnten ihre „zarte Fürsorge“ auch auf die anderen deutschen Staaten aus. Am 14. April 1853 beantragten die Gesandten dieser beiden Mächte, Bismarck und Prokesch-Osten, beim Bundestage in Rastatt die Seelenharmonie, dessen ständiger politischer Ausschuss sollte Maßregeln vorschlagen, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifen seien. In der Begründung dieses Antrages hieß es: von verschiedenen Bundesregierungen sei bereits auf die Gefahren hingewiesen worden, mit denen die öffentliche Sicherheit durch die Wirksamkeit der über einen großen Theil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht werde; es müßte deshalb zunächst die Frage erörtert werden, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, lahmzulegen sei; da nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller Bundesregierungen ein Erfolg sich erwarten ließe, so müßten Beschlüsse gefaßt werden, um einerseits Vereine von revolutionärem Charakter zu unterdrücken und um andererseits das Bestehen solcher Vereine, die nützliche Zwecke verfolgten, nicht zu erschweren. Das Resultat dieses Antrages war der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeitervereine, dessen achter Paragraph sämtliche Bundesregierungen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete, die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Durch dieses Schandgesetz, einen Vorläufer des späteren Sozialistengesetzes, wurden denn auch sämtliche Arbeitervereine gewerkschaftlicher Art erdrückt.

So waren denn bis auf Weiteres die Hoffnungen, die der Völkerruf des Jahres 1848 in den Herzen der deutschen Arbeiter geweckt hatte, zu nichte geworden; die Reaktion hatte die Emanzipationsbestrebungen des erwachenden Proletariats mit brutaler Hand im Keime erstickt; ein dumpfer, erstickender Nebel lag wieder über den deutschen Gauen, und der mit Blut gedüngte Acker war zu einem großen Freiheitsgrabe geworden, auf dem die Schweißfliegen der Reaktion ihre Orgien feierten. Aber wie lange noch, dann rechte der Miese Proletariat seine Glieder und stellte sich trotzig und selbstbewußt wieder auf die Füße; dräuend wies er den Junker- und Kapitalisten seine schwierigen Fäuste und, im fortwährenden Kampfe erstarkt, steht er nunmehr da, hoffnungsfroh und zukunftsreudig.

Und was die damaligen Maßnahmen der Regierungen anbetrifft — sie waren nicht nur ein Verbrechen an der Freiheit der Arbeiter, sie waren mehr als das, eine bodenlose Dummheit. Es war ein Verbrechen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich zusammen zu schaaren gegen die schamlose, schrankenlose Ausbeutung der Kapitalistenklasse; es war aber auch eine Dummheit, durch die Aufhebung der Gewerkschaften den einzigen Damm einzureißen, der die Gesellschaft vor der kapitalistischen Sturmfluth hätte schützen können. Und wenn es nicht minder ein Verbrechen war, die Arbeiter rechtlos zu machen und zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, so war es eine Dummheit, aus den Köpfen der denkenden Arbeiter das Vertrauen zur Regierung für ewige Zeiten zu vertreiben. Seit jener Zeit wohnt in dem deutschen Proletariat ein unausrottbares Mißtrauen gegen Alles, was von oben kommt; und eine regierungsfreundliche Arbeiterbewegung wird immer ein todgeborenes Kind bleiben, mögen auch Nationalsoziale und Christlichsoziale in Engelszungen zum Volke reden. Ein gebrauchtes Kind scheidet das Feuer, und das Proletariat, das die Bewegung von 1848 und die sich daran anschließenden Vorgänge kennt, hat wahrlich keine Ursache mehr, den gleichnerischen, arbeiterfreundlichen Worten eines beliebigen Regierungsvertreters auch nur ein Jota zu glauben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das ureigenste Werk der Arbeiterklasse selbst sein — das ist die Folgerung, die wir aus der brutalen Rücksichtslosigkeit der Regierung und aus der jämmerlichen Feigheit der deutschen Bourgeoisie des Jahres 1848 ziehen.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Hannover. Von zuverlässiger Seite wird uns über den Herrn Braumeister Karl von Lieberstein der Brauerei Stauf, Köln-Arnoldshöhe, mitgetheilt, wie sehr dieser den organisierten Arbeitern genossen ist. Dieser Herr, der ein gutes halbes Jahr sich in seiner jetzigen Stellung befindet, soll es verstanden haben, den früheren Lohn, welcher bei Einstellung 90 Mk. betrug, auf 84 Mk. herunterzusetzen. Im dritten Monat erst soll jeder Neu-

Eingestellte 90 Mt. erhalten. Doch ist es eben so: war es bis zum dritten Monat wirklich ausfallen sollte, was sehr selten zu verzeichnen ist, dem macht man die Thür auf eine andere Art und Weise auf, so daß die Bezahlung von 90 Mt. wenig oder garnicht eintritt. Die Sonntagsruhe scheint für genannte Brauerei auch keine Geltung zu haben, denn man arbeitet dort jeden Sonntag von Morgens 5 Uhr bis 10 Uhr und sehr oft darüber, jedoch ohne Frühstück oder sonstige Pause. Besonders das Schläuchen soll mit Vorliebe für den Sonntag bestimmt sein, jedoch Böttche, die Sonnabends geschlachtet werden könnten, Sonntags genommen werden, und läßt man dann lieber noch einen grünen Böttch mitgehen, wenn die andern zu stark durchgefallen sind. Die Jour dauert Sonntags von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr, wofür nicht ein rother Heller vergütet oder durch eine andere freie Zeit ausgeglichen wird, denn der Jour-Habende hat am Montag Morgen um 5 Uhr die Arbeit mit zu beginnen. Vieles gäbe es noch zu kritisieren, wie auch mehrere Fälle, die manchen Kollegen in Zweifel brachten, ob nicht vielleicht die schöne Stadt Köln außerhalb der Zuständigkeit der deutschen Reichsgesetze sich befindet; doch wollen wir es heute bewenden lassen. Wir glauben nicht, daß Herr Stauff, der Besitzer dieses Geschäfts, von den gerügten Missethänden Kenntnis hat und damit auch einverstanden ist. Soweit Herr Stauff bekannt ist, gilt er für alle Arbeiter als ein humaner und freundlicher Mann. Wir hoffen deshalb, daß die Missethände diese Weise zu seiner Kenntnis kommen und Abhilfe geschaffen wird, andernfalls wären wir in der Zwangslage, uns noch eingehender mit den dortigen Arbeitsverhältnissen zu befassen.

Altenburg. Im Vorfall in der Leipziger Vereinsbrauerei mit dem Kollegen G., der nach Eisenburg geschickt sein sollte, ist ein Versehen oder ein Druckfehler. Der betreffende Kollege heißt Peitsch und ist nach der Altenburger Aktienbrauerei geschickt worden. Wieder ein Schächchen mehr.

Chemnitz. In der am 27. März im Restaurant „Zur Hoffnung“ abgehaltenen Brauer-Versammlung referierte Genosse Müller aus Zwickau über den Verbandstag zu Stuttgart und die Bedeutung desselben für die organisierten Brauereiarbeiter Deutschlands. Neben Besprechung zunächst im ersten Theile seines Vortrages die Entwicklung der Brauerei-Industrie bis auf die heutige großkapitalistische Produktionsweise, welche geeignet ist, heimische noch bestehende kleineren Betriebe in sich aufzunehmen oder produktionsunfähig zu machen. Im zweiten Theile betonte der Vortragende hauptsächlich die absolute Nothwendigkeit der Erhöhung der monatlichen Beiträge zum Zwecke einer Stärkung des Verbandes und einer besseren Organisation der Heize- und Arbeitslohn-Unterstützung. — In der Diskussion, welche sich sehr lebhaft gestaltete, sprach als erster Redner Kollege Kiefler-Zwickau, Delegirter des 7. Wahlkreises, und bekräftigte die Annahme der Anträge Berlin, Hamburg (Klein) und Zwickau, durch einige interessante Beispiele klarlegend, wie man mit der Festigung des Verbandes nicht erst warten soll, bis es die unbedingte Noth erfordert, sondern in der Zeit denselben auf eine Höhe zu bringen, daß er auch im Stande ist, allen an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Recht erkaunt schien Genosse Müller, als, um seine Ausführungen zu begründen, er auf den Erlaß des Grafen Posadowsky und die Unternehmung zu sprechen kam, ihm auf da Einspruch des überwachenden Beamten vom Vorsitzenden zweimal das Wort entzogen werden mußte. Der vom Vorsitzenden eingebrachte Antrag: „Die im Restaurant „Zur Hoffnung“ zu einer öffentlichen Versammlung zusammengetretenen Einzelmitglieder von Chemnitz und Umgegend des Zentralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgruppen beauftragen den Delegirten des 7. Wahlkreises, Kollegen Marx Kiefler-Zwickau, für eine Erhöhung der Beiträge auf 1,10 Mt. einzutreten und überhaupt für Annahme der Anträge von Berlin, Hamburg (Klein) und Zwickau zu stimmen und zu agitieren, da dieselben geeignet sind, den Verband zu stärken und das Wohl seiner Mitglieder zu fördern“, wurde von der Versammlung mit großer Majorität angenommen. — Der 3. Punkt der Tagesordnung: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien von Chemnitz und Umgegend“, zeigte recht deutlich, wie nothwendig es für die Arbeiter genannter Betriebe ist, sich der Organisation anzuschließen, um endlich einmal Zustände zu befestigen, welche an anderen Orten vielleicht vor 100 Jahren bestanden. Mit einem vom Kollegen Kiefler ausgebrachten Vorschlag auf den Verband fand die Versammlung ihren Schluß.

Deffau. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, fand in Stelzers Restaurant unsere Monatsversammlung statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten ward, dankt Kollege Stelzer für den zahlreichen Besuch und erwähnt die Kollegen, unablässig für unsere Organisation einzutreten. Unter Punkt 1 der Tagesordnung gab Stelzer Bericht von der Sitzung des Agitationskomitees in Halle, wozu er delegirt war. Unter Punkt 2 berichtete der Kassirer über den Stand unserer Kasse und konnte man aus dem Berichte ersehen, daß unsere Sache in guten Händen liegt. Dem Kassirer wurde Entlastung erteilt. Aufgenommen wurden drei Kollegen; vier Restanten wurden gestrichen, da dieselben auf wiederholtes Mahnen sich zur Zahlung nicht bewegen ließen. Von einer Namensnennung der Restanten in der Zeitung wurde Abstand genommen. Ferner wurde beschlossen, unsere Monatsversammlungen in den Sommermonaten auf den ersten Dienstag jedes Monats zu verlegen und betont, daß die Versammlungen pünktlich eröffnet werden sollen.

Frankfurt a. M. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung fand am Sonntag, den 3. April, im Saale „Zum grünen Wald“ statt. Bei Berathung der gestellten Anträge zum Delegirten-Tage wurde unter Anderem besonders hervorgehoben, daß von der Errichtung einer Kranken-Zusuffstasse Abstand genommen werden soll, indem eine solche in unserem Fach niemals auf einen grünen Zweig kommen würde, überdies seien die großen Krankenkassen viel leistungsfähiger, und dann beständen schon so viele Berufskrankenkassen, welche aber auch meistens mit Defizit zu rechnen haben. Diesen kann man ja außer der Ortskasse auch noch beitreten. Den Antrag, daß die Statuten vom Nützlichkeitsbuch getrennt werden, sollen unsere Delegirten unterstützen und ihr Möglichstes thun, daß der Antrag von Hans Wegger-Mannheim, nach welchem kein Zweigverein einen Vorsitzenden wählen darf, der nicht mehr in unserem Verufe beschäftigt ist, nicht angenommen wird. Hierauf wurde Kollege Hüter einstimmig zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Nach längerer Debatte wurde die Entlastung zweier Kollegen in den Brauereien Semminger und Kämpf der Agitations-Kommission überwiesen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in der letzten Vorstandssitzung der Kollege Oskar Schirmer, welcher schon öfters den Verband in Mißkredit zu bringen versucht hat, aus dem Verbandsausgeschieden worden ist, womit die Versammlung einverstanden war. Unter „Verchiedenem“ wurden dem Kollegen Krause aus der Lokalkasse 30 Mt. Unterstützung gewährt. Ferner wurde beschlossen, daß der Vereins-Sumpfen von seinem bisherigen Ort in die Wirtschaft des Kollegen Bierheilig, Große Rittergasse 56, gebracht werden soll, zur reichigen Benutzung der Verbandsmitglieder. Nachdem dann noch Kollege Büttich erwähnt hatte, daß die Agitations-Kommission am zweiten Osterfesttag einen Ausflug nach Friedberg unternimmt, an dem sich die Kollegen recht zahlreich beteiligen sollen, wurde die Versammlung Mittags um 1 Uhr geschlossen.

Fürth. Die hiesigen Kollegen haben sich an die Brauereibesitzer mit folgenden Forderungen gewendet: „Zehnjährige Arbeitszeit innerhalb einer dreizehnjährigen Schicht, Bezahlung der Ueberstunden an Wochentagen mit 40, an Sonntagen mit 50 Pf., Erhöhung des Minimals-Lohnes von 20 auf

25 Mt. Die Brauereibesitzer verweisen die Arbeiter an den Brauererling. Eine allgemeine Arbeiterversammlung erklärte, die Forderungen zu unterstützen. Die Besizer haben, wie die „Brauer- und Sapienzeitung“ meldet, die Forderungen abgelehnt.

Hamburg. Am Sonntag, den 27. März hielt der Zweigverein der Brauer im „Ammonia-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen, eine Mitglieder-Versammlung ab. Als der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt war, wurde zu Punkt 2, „Bericht der Wahlkommission“, geschritten, wovon abgesehen werden mußte, da die Wahlkommission nicht anwesend war. Nachdem der frühere Schriftführer seines Amtes enthoben worden ist, wurde nun Schmidt zum ersten Schriftführer gewählt. Unter Punkt 3, „Abschließen der Ueberstunden auf den Brauereien“, entspann sich eine lebhafte Debatte und wurden hauptsächlich die Hofbrauerei, die Elbischloßbrauerei, die Brauerei Gertig, die Winterhuder Brauerei, die Borgfelder Vereinsbrauerei und die Harburger Aktienbrauerei hervorgehoben, da diese in verschiedenen Fällen die Ueberstunden abschließen lassen. Vorsitzender Klein erklärte, daß es unter keinen Umständen geduldet werden dürfe, daß die Ueberstunden abgeschlafen werden, sondern, wenn welche gemacht werden müssen, daß dann auch die Brauereien dafür bezahlen müssen. Als sich noch mehrere Kollegen in demselben Sinne ausgesprochen, wurde ein Antrag Bischer, ein Zirkular auf den Brauereien herumzusenden, in welchem vermerkt sein soll, daß die Ueberstunden für Brauer Wertags mit 50 Pf., und Sonntags mit 60 Pf., entlichädigt, also die Ueberstunden nicht mehr abgeschlafen werden sollen, angenommen. Punkt 4 lautete: Diskussion über die gestellten Anträge zum Verbandstage. Klein erklärte zunächst, die Anträge, gegen welche zunächst kein Widerspruch erhoben wird, den Delegirten zur Entscheidung zu überlassen, da man bei der Durchberathung manchmal andere Gedanken bekomme. Klein verlas hierauf die Anträge von den Zweigvereinen, wo zunächst der Antrag Elberfeld 4, daß verheiratheten, gemahregelten Kollegen die Umgangskosten von der Verbandskasse gewährt werden, ins Gewicht fiel; nachdem sich verschiedene Kollegen für und gegen ausgesprochen, hieß Kollmann den Antrag sogar für zweckmäßig. Bei der Abstimmung ergab sich eine Majorität dafür. — Klein erwähnte hierauf, daß der Hamburger Antrag 11, „Zufuß zum Rechtsschutz, Gewährung von Rechtsschutz an die Bierkutscher und Stalleute bei Karambolage und Vergehen gegen die Straßenordnung, in Hildesheim bei den Kollegen allgemeine Heiterkeit erregt hat. Klein bemerkte ausdrücklich, daß dieser Antrag sogar sehr ernst zu nehmen sei und daß die Hildesheimer Kollegen wohl noch in keiner Großstadt gearbeitet hätten, sonst würde es ihnen nicht so lächerlich mit dem Antrage sein. Es wurden hierauf die wichtigsten Anträge einer Kritik unterzogen und fielen hauptsächlich die Anträge von Schmidt-Nürnberg auf. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die drei Delegirten von Hamburg auf der Allien-Brauerei beschäftigt seien und erdöhrte Klein hierauf, daß er schon den Braumeister um Urlaub gefragt hätte; den Bescheid soll er erst später haben. Klein glaubt auch, daß wohl schwerlich alle drei frei bekämen; sollte einer von den Hilsarbeitsern nicht mitkommen, so solle Naderat mit. Kollmann erwähnte nachher noch die W. Kiefler, da sie doch in diesem Jahre in großem Maßstabe gefeiert werden solle; von einer Debatte hierüber wurde abgesehen, da das Gewerkschaftskartell noch keine bestimmte Stellung hierzu genommen hat. Tiege forderte hierauf die Kommission für die Unterstützungskasse auf (welche nicht anwesend war), daß sie bis zur nächsten Versammlung Alles regeln möge, da der Punkt mit auf die Tagesordnung komme. Schließlich wurde noch bekannt gemacht, daß von nun an die Versammlungen präzis eröffnet werden, da es in letzter Zeit vorgekommen sei, daß die Kollegen 1-2 Stunden nach der festgesetzten Zeit erscheinen. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Hamm i. W. Am Sonntag, den 3. April, fand unsere Monatsversammlung bei Tellenberg statt. Nachdem Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt waren, erstattete der Kassirer den Kassenericht. Die beiden Revisoren bekundeten, daß die Kasse in Ordnung sei und wurde darauf den Kassirer die Decharge erteilt. Alsdann wurden noch verschiedene Punkte der Tagesordnung von lokaler Bedeutung erledigt. Bei Punkt „Verchiedenes“ wurden die Verhältnisse der Lindenbrauerei in Unna besprochen. Nachdem noch lebhaft über unsere Angelegenheit in Hamm diskutiert wurde, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband deutscher Brauer.

Köln a. Rh. In der am 18. März abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung wurde zunächst die Wahl eines Delegirten zum Verbandstag vorgenommen und Kollege Thöneffen einstimmig gewählt. Hierauf schritt man zur Wahl des Vorstandes; als erster Vorsitzender wurde Kollege Paul Keller (Brauerei Altesberg), als Kassirer Berger wiedergewählt. Die Revisoren wurden von Kollegen Thöneffen, Köln-Chrenfeld, wie zuvor ausbezahlt.

Kulmbach. In Nr. 50 der „Brauerzeitung“ vom 11. Dezember 1897 fand ein Bericht der Brauerei-Mönchshof, Herrn R. Niemer von Blau-Kulmbach, betreffender Bericht. Derselben habe ich bereits in der Nr. 11 dieses Blattes als auf theilweise wahrheitswidriger Berichterstattung beruhend erklärt.

Ich erkläre nun hiermit, daß der ganze Inhalt des betreffenden Artikels in Nr. 50/1897, soweit derselbe die Person des Herrn Direktors Niemer und die Verhältnisse in der Brauerei Mönchshof betrifft, auf wahrheitswidriger Berichterstattung beruht und spreche mein aufrichtiges Bedauern über die Veröffentlichung aus, indem ich zugleich wegen des Herrn Direktors Niemer beleidigenden Inhalts des Artikels Abbitte leiste.

Hannover, den 3. April 1898. Richard Wiehle.

Rupboden. Sie hatten die Güte, in Ihrem geschätzten Blatte die Verhältnisse der Brauerei Rupboden im vorigen Jahre zu schildern, welches nicht ganz nutzlos war; wir wollen aber, nachdem unsere Kollegen dort wieder über die Behandlungsweise seitens des Herrn Braumeisters klagen, die Verhältnisse genau und wahrheitsgemäß schildern. Nicht nur der Herr Braumeister, sondern auch dessen Gattin sind nicht nur dem Brauerpersonal, sondern auch den Kunden, welche das Brauhaus aufsuchen, gegenüber brutal; und erlaubt sich nicht nur der Herr Braumeister sondern auch dessen Gattin, die Brauburfschen mit „Du“ anzusprechen und solche als ihre Diener zu benutzen, obgleich sie doch zu ihrer Bedienung weidliches Personal halten. Die Brauerei Rupboden ist neu, sehr schön eingerichtet und ist der Dienst schon aus diesem Grunde angenehm, weil es an Wasser- und Dampfkraft nicht fehlt; die Keller alle zur ebener Erde liegen und nur eine Kellertreppe vorhanden ist und darum der Dienst sehr leicht zu leisten, wenn nur die Behandlungsweise mehr menschlicher wäre. Man glaubt bei den Aufregungen des Herrn Braumeisters thatsächlich in einer Menagerie zu sein, denn auf eine ziemlich Entfernung kann man schon das Brüllen im Brauhause hören und Gnade dem, der sich getraut, einen Muger zu thun. Wie es der Herr Braumeister mit den Brauburfschen und Tagelöhnern macht, möchte er es auch mit dem Personal der Verwaltung und den übrigen herrschaftlichen Bediensteten machen, weshalb es nicht nur zwischen der Verwaltung und dem Braumeister schon zu vielen aufgeregten Szenen kam, sondern er soll schon so weit gegangen sein, daß er einem feinerzeitigen Verwalter Ohrfeigen angeboten und an dessen Nachfolger sich sogar vergriffen haben soll. Alles geht diesem Herrn soviel als möglich aus dem Wege

(nur ein Bierführer getraute sich mit diesem Herrin einzulassen und auf dem Steinofenhäusen mit ihm abzurechnen), weshalb er in Rupboden, wenn nicht von auswärts Bekannte ihn besuchen, ganz verlassen ist und auswärts sich Gesellschaft suchen muß. Brauburfschen, welche eine theoretische und praktische Erfahrung haben, können sich, so lange die Verhältnisse nicht anders werden, in Rupboden nicht halten und sind es daher meistens ganz junge Leute, die etwas länger ausbleiben und sich die Grobheiten gefallen lassen, schließlich aber, sobald ihnen Gelegenheit zur Veränderung gegeben ist, in Rupboden den Staub von den Füßen. Rupboden ist ein kleiner Ort und wenig Gesellschaft vorhanden; wie schön wäre es, wenn das Brauereipersonal in eine Gesellschaft gehen würde und gemächlich miteinander wäre; die übrigen Herren in Rupboden würden es nicht für unwürdig halten, mit dem Brauereipersonal zu verkehren, denn bloß der Herr Braumeister ist dem Brauereipersonal gegenüber wegwerfend, während das übrige Personal dem Brauereipersonal gegenüber liebenswürdig und freundlich ist. Es ist so weit, daß die Brauerei Rupboden nur sehr schwer Personal bekommt; bei diesen Verhältnissen wird aber der Fall noch eintreten, daß nicht nur der für das Geschäft so nachtheilige Wechsel noch größer wird, sondern über kurz oder lang kein Brauburfsche mehr nach Rupboden geht und sich diese Brauerei mit lauter ungeschultem Personal helfen muß, welches aber seine Früchte bringen wird, weshalb es angezeigt wäre, wenn dem Herrn Braumeister bessere, ruhigere Behandlung seines Personals zur Bedingung gemacht würde, welches nur im Interesse des Geschäfts wäre.

Stuttgart. (Zur Richtigstellung.) In der Nummer vom 5. März befindet sich ein Eingekannt von Wilhelm Leydig. Hierauf bezüglich verweise ich zunächst auf den in letzter Nummer enthaltenen Bericht, welcher das Wesentlichste enthält und die Verstellungen und Verdrehungen richtig stellt. Ich erkläre der Wahrheit entsprechend: Zähler hat in keiner Weise die Verhandlungen verzögert, hätte es auch nicht können, da er nicht allein die Kommission war, sondern nur ihr Vorsitzender. Ich habe bereits am 19. Januar in einer Parteiversammlung mit Zähler besprochen, für Montag, den 24. Januar, eine Sitzung einzuberufen, ganz unabhängig davon, ob die Antwort der Prinzipale bis dahin eingehen würde oder nicht. Nach den öffentlichen Erklärungen der Brauer von Wulle und vom Englischen Garten (Versammlung vom 5. März) hatte Leydig keinen Antrag, eine öffentliche Brauer-Versammlung einzuberufen und hatte außerdem als Kommissionsmitglied ohne Mitsprache nicht das Recht, eine Versammlung bei dem damaligen Stand der Dinge einzuberufen, in welcher kein Mensch in der Lage gewesen wäre, Neues zu berichten, wenn nicht am 22. Januar das Antwortschreiben eingegangen wäre, denn bis dahin hatte sich seit dem Dezember nichts geändert, und hiervon hatten die Mitglieder, sowie Leydig Kenntnis. Es ist unwahr, daß die Verhandlungen schon am 1. Januar abgeschlossen sein sollten, denn verhandelt heißt doch nicht freieren, oder hätte vielleicht Leydig Freude daran gehabt, wenn es im Januar zum Bruch gekommen wäre? Das könnte vielleicht sein. Ich füge hinzu, daß Leydig seines Amtes als Kommissionsmitglied seiner Unfähigkeit halber entzogen wurde; denn man ist doch unfähig, wenn man die Vereinbarungen selbst nicht kennt, nebst ihren Gründen und Beschläßen, die zu diesen selbst führten. Die Versammlung vom 5. März gab dem Vorstand anheim, zu erwägen, wie den Störungen Leydig's vorgebeugt werden könnte. Nach all' diesem wird jeder Unbetheiligte ersehen, daß unsererseits kein Anlaß vorlag, Zähler mehr waschen zu müssen. Weil Zähler mehr geleistet hat für den Brauerverein Stuttgart, als hundert Leydig's im Stande wären, so thaten wir, was jeder anständige Mensch für seine Pflicht erachtet: gemeine Unterstellungen zurückzuweisen. Schließlich bemerke ich, daß nicht Leydig's wegen diese Richtigstellung geschrieben ist, sondern nur für die übrigen deutschen Kollegen, um keine irrigen Meinungen über Stuttgart aufkommen zu lassen. Zusammenhängend denken und dementsprechend handeln wird von einem ganzen Menschen verlangt und wer das nicht fertig bringt, blamirt sich, so gut er kann.

Für die Revisions-Kommission des Brauervereins: G. Köhler.

Ulm. Am Sonntag, den 20. März, fand eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Kollege Winter aus Stuttgart schilderte in einflussigem Vortrage den Kollegen die Verhältnisse in den Brauereien von Ulm und Umgebung und machte auf den Nutzen und Werth der Organisation aufmerksam. Er forderte die Kollegen auf, dem Verbands sich anzuschließen, um mitzukämpfen für eine Besserung unserer gewiß sehr traurigen Lage, denn nur durch eine feste, geschlossene Organisation sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Der Referent schilderte noch die in Stuttgart in einer so friedlichen Weise getroffenen Vereinbarungen mit den Brauereien, was von den Ulmer Kollegen mit einem kräftigen Bravo begrüßt wurde. Zum Schluß ersuchte der Referent die Kollegen von Ulm nochmals, festzuhalten am Verband, denn gerade die Kollegen von Ulm hätten es am nothwendigsten, damit endlich diese trostlosen Zustände im Ulmer Brauereigewerbe beseitigt würden. Nach 10 Minuten Pause erhielt Kollege Schmitt das Wort, welcher die Kollegen auf die lange Arbeitszeit, schlechte Behandlung, auf die Rosenamen, welche seitens der Herren Braumeister und Prinzipale gegenüber dem Personal in Anwendung kommen, hinwies, er bedauerte, daß sich die Kollegen dieses Alles so gefallen ließen. Genosse Wülfel machte der Versammlung den Vorwurf, daß, obwohl die Arbeiterkraft sich die größte Mühe gegeben hat, die Ulmer Bierbrauer auf den richtigen Weg zu bringen, dieses leider bis jetzt vergeblich gewesen sei. Es ist nun die höchste Zeit, daß sich die Brauer zusammenschließen und in Ulm ein guter Zweigverein des Zentralverbandes entfleht, denn kann man mit der größten Zuersticht darauf rechnen, daß alle diese Mißstände, unter denen alle noch zu leiden haben, beseitigt werden. Neun Kollegen ließen sich sofort aufnehmen.

Erklärung.

Auf die Ausführungen des Genossen Gerberich in Nr. 14 der „Brauer-Zeitung“ habe ich Folgendes zu erwidern: Meinen Antrag habe ich aus folgenden Gründen gestellt: Eine Organisation wie die Brauer-Organisation, welcher noch so viele indifferente Kollegen fernstehen, hat immerwährend Kämpfe mit den Unternehmern durch die Uneinigkeit der Arbeiter dieser Branche selbst. Bei allen diesen Kämpfen erfordert es Unterhandlungen, wobei auch interne Angelegenheiten des Berufs zur Sprache kommen.

Nun wird ja meistens stets der Vorsitzende mit dem Auftrage betraut, die Unterhandlungen mit den Unternehmern zu pflegen, oder er wird in die Kommission gewählt.

Nun versteht ein Buchdrucker, Schreiner, Schlosser u. von unserer Branche so wenig, wie meine Persönlichkeit von ihrem Fache. Ueberdies habe ich diesen Antrag gestellt, weil ich die Ueberzeugung habe, daß ich die Zustimmung von vielen Kollegen nicht bloß in Mannheim, sondern in andern Städten (Hamburg u.) finden werde.

Diese Anzapfung von Seiten des Genossen Gerberich, die Kollegen in Mannheim sollten einen Sachmann vom Schlage des Kollegen Wegger wählen, läßt mich kalt, denn bisher war ich noch nicht Vorsitzender des Zweigvereins Mannheim und kann demnach Gerberich auch nicht beurtheilen, ob ich die Fähigkeit dazu besitze oder nicht. Aber die Ueberzeugung habe ich und noch andere Kollegen, wenn wir auch nicht so intelligent sind, um die Gewerkschaftsbewegung so zu

verlehen als wie Genosse Gerberich, daß man nachher mit diesen großartigen Kenntnissen der Gewerkschaftsbewegung und als langjähriges Vorstandsmitglied der Gewerkschaften Mannheim's doch nicht so viele Fehler machen sollte, als wie sie thätiglich von Seiten Gerberich's gemacht worden sind. Wenn Gerberich sich bewußt ist, daß auch in anderen Zweigvereinen als Vorstehende Nichtfachmänner fungieren, so kann mir das egal sein. Ich habe nun einmal die Ueberzeugung, daß es vortheilhafter ist, wenn an der Spitze des Vereins ein Fachmann steht und habe deshalb von dem jedem Mitgliede zustehenden Rechte, Urträge zu stellen, Gebrauch gemacht und in meinem Urtrage meine Gedanken niedergelegt. Wenn Gerberich meinen Antrag richtig verstanden oder gelesen hätte, so hätte er finden müssen, daß es ausdrücklich heißt: Kein Zweigverein darf als Vorstehenden einen außerhalb des Geschäftes stehenden Kollegen oder eine einem anderen Verufe angehörende Person wählen etc. Also ist in diesem Urtrage voll und ganz enthalten, daß ich nach diesem Urtrage nicht strebe, weil ich durch meine Invalidität momentan nicht in der Lage bin, in meinem Verufe zu arbeiten.

Dies zur Berichtigung auf die Erklärung des Genossen Gerberich mit der Bemerkung, daß, wenn auch wieder ein Vorstehender wie Gerberich gewählt würde, ich mir trotzdem das Recht nicht beschneiden ließe, Urträge zu stellen, welche ich als unbringend für den Verband betrachte. „Aber darum keine Feindschaft.“

Hans Wegger.

Soziale Rundschau.

Vom Terrorismus der Arbeitswilligen. Das „Hamburger Echo“ berichtete vor mehreren Tagen:

Heute Mittag wurde ein streikender Arbeiter der Pfaffensfabrik auf dem Hammersteindamm von etwa 15 Arbeitswilligen überfallen und schwer mittelst Gummischläuchen und Kaffeefläschen mißhandelt, so daß er sofort zu einem Arzte gebracht werden mußte. Nachdem der Verletzte verbunden war, wurde er auf dem Polizeibureau vernommen. Er machte über den Ueberfall folgende Angaben: Als er den Hammersteindamm passierte, sei er von dem Arbeitswilligen Kiehne angerempelt worden, was er sich verbeten habe. Kiehne habe sofort einen Gummischlauch gezogen und damit geschlagen. Jetzt seien 14 Arbeitswillige — diese und K. sind sämtlich in der Pfaffensfabrik beschäftigt — hinzugesprungen und hätten blindlings auf ihn eingeschlagen. Des Weiteren gab der Verletzte zu Protokoll, daß heute Morgen ein anderer, dem Eggers'schen Betriebe völlig fernstehender Arbeiter von K. mißhandelt worden sei. Eine Untersuchung ist in dieser Angelegenheit eingeleitet worden.

Kein Wunder, wenn die Arbeitswilligen sich als Herren der Situation fühlen, sind sie doch der Gegenstand der Unternehmervliebe, und beschäftigt man sich doch von Seiten der Regierung damit, ihnen einen Schutz zu gewähren, der, wie Figura zeigt, den Streikern bedeutend notwendiger wäre.

Ueber die Regelung der Arbeitszeit in den Mählwerken für Thomasschlade ist ein Entwurf von Vorschriften vom Reichsamt des Innern ausgearbeitet und den betreffenden Werken zur Begutachtung zugestellt worden. Die Neuregelung der Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in diesen Betrieben soll auf Grund der §§ 120 e und 139 a der Reichsgewerbeordnung erfolgen und sich zunächst auf die bauliche und maschinelle Einrichtung der Mählwerke erstrecken. Die Beschäftigung von Arbeitern, die beim Zerklleinern oder Mählen der Thomasschlade, sowie beim Lagern oder Verladen des Thomasmehls verwendet werden, darf täglich acht Stunden nicht überschreiten und muß in jeder Schicht durch eine Pause von mindestens einer halben Stunde unterbrochen sein.

Gewerbekrankheit oder Betriebsunfall? Wegen eines Augenübels verlangte der Mälzer Geise von der Brauerei- und Mälzerei-Verusgenossenschaft eine Unfallrente. Der Kläger führte das Leiden auf seine letzte Thätigkeit in der Brauerei Bodenstein in Magdeburg zurück. Er sei gezwungen worden, aus einem Kessel den Kesselstein zu entfernen, obwohl er um Ablösung gebeten habe. Der angrenzende Kessel sei geheizt gewesen, so daß er bei einer Temperatur von annähernd

40 Grad Wärme habe arbeiten müssen. Wahrscheinlich habe er sich erlötet. Am 1. Juli 1897 hätten ihn seine Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß das rechte Auge nach außen abgelenkt sei. Er habe auch Klümmern gehabt, und das Sehvermögen des Auges sei bald ganz erloschen. Am 11. Juli wurde Geise in die Universitäts-Augenklinik zu Halle aufgenommen. — Die Verusgenossenschaft lehnte es ab, eine Rente zu zahlen. Sie machte geltend, es sei auf keinen Fall ein Betriebsunfall anzunehmen. Wenn wirklich eine Erkrankung vorläge, die ihre Ursache in dem Arbeiten in übergroßer Wärme hätte, so wäre selbst dann von keinem Unfall zu reden, sondern nur von einer Gewerbekrankheit, das heißt von einem während der fraglichen Zeit allmählich aufgetretenen Leiden im Gegensatz zu einer plötzlichen und gewaltsamen äußeren Einwirkung. Der Kläger legte Berufung ein und berief sich auf Dr. Landmann, den Vorkliniker an der Augenklinik in Halle. Dem Schiedsgericht lag dann ein Gutachten dieses Herrn vor, worin der Arzt unter ausführlicher Beschreibung der Erkrankungsercheinungen feststellte, daß es sich um eine Lähmung der mit dem Auge verbundenen Muskeln handelte. Die Ursache hiervon sei eine Erkrankung der Nerven, welche direkt vom Gehirn kommend, die Muskeln versorgen. Die Nervenkrankung aber sei zu erklären aus einem Entzündungsprozeß an der Basis des Gehirns. Solche Entzündungen könnten durch Erkältung entstehen. Sache der Beweishebung sei es, zu erforschen, ob hier eine im Betriebe zugelegene Erkältung die Ursache sei. Das Schiedsgericht wies den Anspruch Geise's aus denselben Gründen wie die Verusgenossenschaft zurück. Geise legte dann noch Rekurs ein und behauptete vor dem Reichs-Verusgenossenschaftsamt, bei der Arbeit seien ihm fortwährend Stüchchen Kesselstein in die Augen geflogen, und der Stein sei giftig. Das Reichs-Verusgenossenschaftsamt erkannte jedoch ebenfalls zu seinen Ungunsten, indem es auf das Gutachten und auf die Ausführungen der Verusgenossenschaft verwies.

Todtenliste.

Am Dienstag, den 29. März, verschied nach kurzem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Brauer August Dietrich, im Alter von 52 Jahren.

Die Verbandsmitglieder vom Hofbrauhaus Cotta-Dresden.

Bekanntmachungen.

Die Delegirten werden ersucht, bereits am Sonnabend Abend vollständig in Stuttgart zu sein. Da voraussichtlich die Verhandlungen mehr als drei Tage in Anspruch nehmen dürften, so werden die Delegirten ferner ersucht, ihren Urlaub nicht zu kurz zu bemessen.

Die Königl. Bayer. Anwaltschaft hat dem Wegger Paul G. o. h. aus Ansbach ein Verbandsbuch auf den Namen Karl G. o. h. lautend abgenommen. G. o. h. giebt an, es zwischen Erlangen und Forchheim gefunden zu haben. Wir ersuchen nun den Verlierer, uns Mittheilung zu machen, ob die Angaben des G. o. h. der Wahrheit entsprechen.

Der Hauptvorstand. R. Biehle.

Zur Beachtung.

Der Zuzug von Brauern und Küfern nach Hamm in Westf. ist fernzuhalten, da ein Konflikt ausgebrochen ist.

Briefkasten.

Ch. Nathl., Wöblingen. Bitte das nächste Mal auf der Rückseite des Postabschnittes zu bemerken, wofür der Betrag ist. Besten Gruß.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen im Monat März folgende Beiträge ein: S. R., Cornelymünster 48,60; E. G., Zwönitz 25,10; G. Hamburg 8,80; J., Wasserburg 2,90; Sch., Pappenheim 1,90; P. A., Rendsburg 3,80; R., Lüneburg 2,80; J. R.,

Tanneberg 3; F. B., St. Johann 3,70; E. G., Schandau 3; A. Sch., Pindau 2,40; U. U., Königshofen 9,50; H., Köchitz 8,40; R. D., Müßig 13,53; J. D., Maffersdorf 19,40; H. R., Weissenfels 11,80; F. R., Pfungstadt 100; J. S., Schweinfurt 79,80; W. W., Bittau 1. S. 5,70; U. A., Naumburg 3,10; U. R., Nemsfeld 31,40; G. W., Müßdorf 0,80; F. W., Lina 11,38; A. St., Wschaffenburg 20,40; Gg., Burgwaldbühl 6; R., Ludwigsberg 2,80; J. R., Königshof 10,21; Br., Striegau 11,20; W. C., Weissenfels 15; E. W., Altenburg 21,58; Dh., Werder 2,00; A. Th., Thüngen 8,80; G. R., Mainz 67,30; M. D., Ludwigschan 3,90; G. R., Mainz 67,30; F. W., Stuttgart (für Lützingen) 7,00; A. F., Schneidemühl 5; W. L., Halle 150; S. G., Berlin 184,60; S. W., Hochheim 1,80; G. St., Maffersdorf 7,81; H., Brüg 2,81; R., Bruchsal 8,30; L. R., Kreuznach 1,70; R., Saarn 4,70; J. S., Berchtesgaden 21,50; G. F., Schönpreisen 11,32; Sch., Mandenburg 7,60; S., Kreuznach 2,80; L. D., Huden 4,81; W., Bauen 17,90; U. A., Naumburg 5,60; S., Weimar 5,60; R. W., Glogau 2,40; G. W., Bernkastel 4,70; W. Wolf, Hannover 310; G. R., Saugau 5,60; W., Tanneberg 5,60; J. R., Salungen 30,60; G. R., Hain 28,90; G. B., Weu 100,40; J. F., Eßlingen 122; G. G., Landsküt 37,80; R. Sch., Eilenburg 68,90; E. W., Hanau 25,20; S. R., Wertham 22,95; G., Stadthagen 10; Sch., Frankenstein 8,30; W., Niedermendig 85,20; W., Koburg 7,40; J. St., Frankfurt 439; E. W., Stuttgart 803,37; J. S., München 300; L. B., Rölln 62; W., Weisenthurn 3,80; Dh., Dunningen 6,50; U., Gabeln 3,67; J. S., Pilsen 17,45; S., Bernburg 1,90; J., Osterode 6,60 Mt.

Hannover. Für die englischen Maschinenbauer gingen nachträglich noch folgende Beträge ein: Von den Kollegen in Stuttgart 92,35 Mt., von den Kollegen in Hanau 16,45 Mt. Da die Sammlung längst geschlossen, so haben wir diese Beträge dem Streifonds einverleibt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gießen. Die Adresse des Kollegen A. Bader, Brauerei Köhrle, Gießen, ist erloschen.

Dresden. Die Auszahlung der Kranken-Unterstützung des Fachvereins der in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter erfolgt jetzt beim Kollegen B. Sinnh, Dresden-Plauen, Marktstraße 21, 2. Etage, Sonntags von 10—12 Uhr, an den drei hohen Festen Montags. Auch werden daselbst Beiträge entgegen genommen.

Änderungen in der Auszahlung der Reise-Unterstützung.

Karlsruhe. Die Reise-Unterstützung wird vom Kollegen Schmittberger, Scheffelstr. 63, 3. Etage, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Dresden. Ernst Thielmann, Rößtau, Frankenbergstr. 10, 3. Et., an Wochentagen: Mittags 12—1, Abends 6—8 Uhr; an Sonntagen: Vormittags 9—12 Uhr.

Versammlungs-Kalender etc.

Berlin.

Montag, den 11. April (Ostermontag): Vorstand's- und Vertrauensmännerführung bei Gärtner, Wollenstraße 12.

Sonntag, den 17. April, Nachmittags 2 Uhr: Monatsversammlung bei Stabernad, Inselstraße 10.

Die Zahlstelle Nr. 5 wird von Matuschke, Angermünderstr., nach Schönhauser Allee 178, zum Kollegen Otto Wolf verlegt.

Sonabend, den 16. April, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Bogemann, Viktoriastraße. Um zahlreiches Erscheinen wird freundlichst ersucht.

Düsseldorf.

Sonntag, den 17. April: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die Differenzen auf der Brauerei Gebr. Dietrich.“ Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Frankenthal.

Sonntag, den 17. April, Nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung bei Bargand, Belfogasse. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Einrichtung f. Brauerei
als: 1 Braupfanne 3600 Liter, 1 Mälzschottich 3200 Liter, 1 Mälzapparat 2500 Liter Leistung per Stunde, Kältschiff, Lokomobile, 6 Sp. Lagerfässer, Böttche, Verbandsfässer (1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6 Hektoliter), Alles gut erhalten, verkauft billigst.
Fdr. Aug. Eis, Magdeburg.

Hannover.
Empfehle allen Kollegen und Freunden mein
Restaurant,
Knochenhauerstr. 24.
Für gutes Essen, ff. Bier, reichliche Betten, sowie aufmerksamste Bedienung ist bestens gesorgt. Keine Preise.
Den reisenden Kollegen sehr gelegen, in der Mitte der Stadt, 5 Min. vom Bahnhof entfernt.
Hochachtungsvoll
Karl Köhler.

Visiten-Karten
mit Brauer-Wappen fertigen sauber und schnell an
Dörcke & Löber, Hannover, Bargastr. 9.

Georg Gehrig, Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,
Liefert die besten
mit handgezeichneten Schaftvoll-Sohlen nebst prima Leibwäsche.

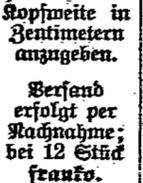
Der Brauer **Franz Morawetz** wird nochmals ersucht, seinen derzeitigen Aufenthaltsort anzugeben, andernfalls seine Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben wird.
Die Brauer und Küfer der Brauerei „**Mart**“, Hamm i. W.

Joh. Dohm
Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbeckerstr. 12,
empfehle in bekannter Güte: gute, dauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitschößen, Seiden- und Tuchmägen, Holzschuhe, Plüschschuhe, Mälzer-Pantoffeln, große Kasser, Handtuffer, Bierkrüge u. s. w.
Preisverantw. gratis.

Knittungs- marken
Rabattmarken
Kaufschul- frempel
sowie alle
Druckarbeiten
in Buch- und
Steindruck
Liefert sauber und preiswerth
Konrad Müller, Schenckstr. Leipzig.
Kaufpreise Preislisten gratis.

Brauerverein Stuttgart
(Zweigverein des Zentralverbandes).
Sonabend, den 23. April, Abends 8 Uhr:
Fest-Banket
im Dinkelacker'schen Saalbau zu Ehren der Herren Delegirten des Verbandstages.
Programm und alles Nähere in nächster Nummer des Verbandsorgans.
Das Festkomitee. J. A.: Franz Winter.

Brauer- und Mälzer-Mützen
sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

| | | |
|---|---|--|
|  Jockey-Mütze in allen Farben, von 1—1,75 Mt. |  Stoffproben stehen franco zu Diensten. Bei Bestellungen nach außerhalb erbitte Kopfreite in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franco. |  Strand-Mütze in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 Mt. |
|  Klapp-Mütze Stoffmützen von 1 bis 2 Mt., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 Mt., Wippschleife 2,50—3 Mt. |  Steife Brauer-Mütze in Tuch, blau und grün, von 1,75 bis 2 Mt. |  Breite Klappmütze in Sammet, Seide u. Stoff. |

Dresden, Schäferstraße 53. **Carl Fiedler, Dresden, Schäferstraße 53.**

München.
Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“, Landsberger Strasse 70—72.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftszimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Unions-Brauerei einer geneigten Beachtung.
Mittagstisch von 40 Pfg. an.
Achtungsvoll
Josef Hönigschmid.

Hamburg.
Allen Verbandsmitgliedern wird der Brauerverkehr von **P. Meyer, Weststraße 7** (in der Nähe des Berliner und Klosterthor-Bahnhofes), bestens empfohlen. Daselbst Arbeitsnachweis.

C. R. Wittber Chemnitz
28 Müllerstr. 28.
Fabrikant der altbekanntesten Chemnitzer Holzschuhe, bezgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Mälzer-Pantoffeln.

Berlin.
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes
Restaurant mit Zentral-Herberge
Neue Friedrichstrasse 20
(Ecke Königstraße, i. d. Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).
Hochachtungsvoll
Fritz Preuss.